

Konsolidierungs-Check Bundesländer

Berlin, 7. Oktober 2011

Statement von Hubertus Pellengahr

Geschäftsführer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Seit nunmehr drei Jahren befinden wir uns regelrecht in einer Dauerkrise. Genauer gesagt sind es verschiedene Krisen, die uns nacheinander heimsuchen und aufeinander aufbauen. Die Immobilienkrise in den USA, die Bankenkrise, die Weltwirtschaftskrise auf den Realmärkten, die Verschuldungskrisen in allen betroffenen Ländern – und eine daraus abgeleitete Orientierungskrise für den Euro und die europäische Integration.

Die deutsche Wirtschaft hat alle Krisen bisher beispielhaft gemeistert und sich als erstaunlich robust erwiesen. Und dennoch erschüttern die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten das Vertrauen der Deutschen in die Wirtschaftsentwicklung – und in das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft insgesamt.

Wer die unterschiedlichen Krisen einzeln analysiert und die Gemeinsamkeiten erforscht, wird allerdings sehen: Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat uns in diese Problemlagen gebracht. Die Nichtanwendung, oder gar bewusste Ausblendung ordnungspolitischer Prinzipien gehören zu den Ursachen der jetzt zu bewältigenden Krisen. Wenn der Staat haftet für private Verluste; wenn der Staat Banken retten muss: Dann stößt auch ein Staat an seine Grenzen. An die Grenzen der Finanzierbarkeit. Und an die Grenzen der Legitimität.

Deutschland hat selbst in konjunkturell guten Zeiten, zu viele Schulden aufgebaut. Unser Wohlstand der Zukunft hängt aber maßgeblich von einer nachhaltigen

Finanzpolitik ab – hierzu müssen nicht nur die Nationalstaaten in Europa, sondern auch die Bundesländer in Deutschland ihren Beitrag leisten.

In Zeiten wie diesen brauchen wir dringend gute Nachrichten. Das kennt jeder von uns: wenn es mal nicht so gut läuft, wecken erste kleine Veränderungen und Erfolge neue Zuversicht, Motivation und Kraft. Raus aus der Schuldenkrise – mit einer ernst gemeinten Konsolidierungsstrategie. Das ist übrigens das einzige erfolgversprechende Konzept für die Bewältigung der Probleme.

Es war eine kluge Entscheidung, mit der Schuldenbremse im Grundgesetz ein Neuverschuldungsverbot einzuführen – und Bund sowie die Länder zu festgelegten Stichtagen zu einer Konsolidierungsstrategie zu verpflichten. Dadurch hat sich die Perspektive verändert: Die Politik darf sich nicht mehr fragen, wie viele Schulden sind rechtlich noch zulässig. Sondern: Wie viel Konsolidierung wird von uns erwartet?

Das von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Auftrag gegebene Gutachten des Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt: Die Schuldenbremse führt in den deutschen Bundesländern zu ersten Erfolgen. In acht der sechzehn Länder steht die Ampel auf Grün – die Konsolidierung ist auf gutem Weg.

Es macht uns nachdenklich, wenn gerade jetzt, wo man damit begonnen hat, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, der eingeschlagene Weg wieder in Frage gestellt wird. Die Ministerpräsidentin des Saarlandes hat ja in der letzten Woche mehrfach behauptet, die Schuldenbremse sei ein Relikt aus wirtschaftlich besseren Zeiten – die Geschäftsgrundlage hätte sich nun verändert. Stellt sich die Frage: Wollen wir zurück zur Verschuldungspolitik? Wollen wir die Ursache der aktuellen Staatsschulden-Probleme weiter verschärfen? Und: Sollte uns das Grundgesetz nicht eine langfristige Orientierung geben, auf die sich Bürger, die Wirtschaft und Politik verlassen können?

Wir meinen: Die Schuldenbremse hilft uns, mittel- und langfristig auf einen soliden Pfad einer nachhaltigen Finanzpolitik zu kommen. Das zeigen eben auch die Ergebnisse des IW-Gutachtens. Bereits im März hatten wir mit dem Schulden-Check Bundesländer sozusagen die Schadensbilanz vorgelegt. Jetzt schalten wir um und

wollen die Bundesländer dabei begleiten, den Weg aus der Schuldenfalle erfolgreich zu beschreiten. Ab dem Jahr 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden mehr aufbauen – bis dahin müssen sie ihr strukturelles Defizit auf Null reduzieren.

Die IW-Studie zeigt, dass fünf Länder bereits im Jahr 2013 ihre Defizite abgebaut und in Überschüsse umgewandelt haben werden. Weitere drei Länder sind auf gutem Weg, bereits deutlich vor 2020 ebenfalls Überschüsse zu erzielen. Hier steht die Ampel jeweils auf Grün. Erste Konsolidierungserfolge zeigen weitere sechs Länder auf. Diese müssen ihre Sparbemühungen allerdings weiter intensivieren, um im Jahr 2020 das Ziel einen ausgeglichenen Haushaltes erreichen zu können. Die Ampel zeigt Gelb.

Allein in Nordrhein-Westfalen ist keine Konsolidierungsstrategie zu erkennen. Dort wird im Jahr 2013 sogar ein höheres Defizit erreicht als im Ausgangsjahr 2010. Die rote Ampel mahnt dazu, endlich den Hebel umzulegen. Die Ministerpräsidentin von NRW hat in der vergangenen Woche dazu erstmalig erklärt: „Wir müssen runter von den Schulden.“ Das werden wir konstruktiv unterstützen und kritisch begleiten.

Den Länder-Check werden wir zukünftig regelmäßig veröffentlichen, um damit die Erfolge in den Ländern zu dokumentieren und zu zeigen, wo noch Defizite bestehen.

Das IW-Gutachtens beschreibt aber auch Handlungsbedarf: Die Schuldenbremse braucht härtere Bremsklötze. Im Stabilitätsrat kommen im Jahr zwei Mal alle Länder mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister des Bundes zusammen. Was wir brauchen, sind Sanktionsmechanismen: Bisher bleibt ein Verstoß gegen das Neuverschuldungsverbot ohne handfeste Konsequenzen. Wenn für sündige Länder Sanierungsprogramme aufgestellt werden, sollten damit automatische Sanktionen verbunden werden.

Der Stabilitätsrat soll die Konsolidierung in den Ländern kontrollieren. Eine Unschärfe des Grundgesetzes macht das allerdings schwierig. Was wir brauchen, ist eine einheitliche Berechnungsmethode, die zur Berechnung des „strukturellen Defizits“ von allen Ländern angewendet wird. Nur dann ist eine Vergleichbarkeit möglich. Nur dann entsteht Transparenz und Klarheit.

Gerade mit diesem Punkt – wie schaffen wir ein transparentes und wirkungsvolles Controllingssystem? – haben sich die Finanzexperten des IW Köln beschäftigt. Erstmals wurde nun ein einheitliches Verfahren zur Bemessung des „strukturellen Defizits“ für alle Bundesländer angewendet.

Wie sieht ein effektives Controllingssystem aus? Und welche Ergebnisse bringt der erste Konsolidierungs-Check Bundesländer? Das Gutachten präsentiert Ihnen nun Dr. Rolf Kroker, Leiter Wirtschafts- und Sozialpolitik und Geschäftsführer des IW Köln. In der anschließenden Fragerunde steht Ihnen ebenso Dr. Thilo Schaefer, einer der Autoren der Studie, zur Verfügung.